

Optimismus trotz steigender Gewalt: Afghanistan nach dem ISAF-Abzug

Jan Koehler, Kristóf Gosztonyi und Alexander De Juan

Am 22. Juni 2015 griffen Taliban das afghanische Parlament in Kabul an und attackierten damit erneut eine staatliche Einrichtung im Zentrum der politischen Macht. Sechs Monate nach dem Ende des 13-jährigen NATO-Kampfeinsatzes nehmen im Westen Befürchtungen vor einer weiteren Eskalation der Gewalt und einer Machtzunahme der Taliban zu.

Analyse

Seit dem Ende des ISAF-Truppenabzugs kommt es vermehrt zu direkten Kämpfen zwischen afghanischen nationalen Sicherheitskräften und den Taliban. Die objektive Sicherheitssituation für die Bevölkerung hat sich verschlechtert. Dennoch bewerten viele Menschen im Norden des Landes die Folgen des Truppenabzugs Ende 2014/Anfang 2015 optimistischer als noch im Jahr 2012.

- Die Anzahl der Gewaltopfer ist seit dem Jahr 2012 landesweit deutlich angestiegen und hat mit 3.699 zivilen Toten und 6.849 Verletzten im Jahr 2014 einen neuen Höchststand erreicht.
- Die Zunahme direkter gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Sicherheitskräften, lokalen Milizen und den Taliban erhöhen die Gefahr eines neuen Bürgerkriegs in Afghanistan.
- Ungeachtet dieser Entwicklung zeigen Meinungsumfragen aus dem Norden des Landes aus dem Jahr 2012 und von Ende 2014 bzw. Anfang 2015, dass die Befragten mögliche Sicherheitsrisiken des ISAF-Truppenabzugs inzwischen deutlich geringer einschätzen als noch im Jahr 2012.
- Die Wahlen und die Regierungsbildung im Jahr 2014, die stärkere Präsenz der afghanischen Sicherheitskräfte und die anhaltende internationale Unterstützung des Landes könnten für die positiveren Einschätzungen der Jahre 2014/2015 verantwortlich sein.
- Die jüngste Taliban-Offensive seit April 2015 verdeutlicht aber auch die Volatilität der Sicherheitslage. Es besteht das Risiko, dass diese Entwicklungen die vorsichtig optimistische Stimmung in der Bevölkerung wieder zunichte machen.

Schlagwörter: Afghanistan, ISAF-Truppenabzug, Sicherheitslage, Taliban

Angst vor einem neuen Bürgerkrieg

Im Dezember 2014 beendete die NATO den Abzug der International Security Assistance Force (ISAF) aus Afghanistan. Die ISAF mit einer Truppenstärke von über 100.000 Mann wurde durch die Mission „Resolute Support“ mit etwa 12.000 Soldaten abgelöst. Mit dem Truppenabzug endete eine vierjährige Übergangsphase, die die vollständige Übertragung der Sicherheitsaufgaben auf die afghanischen Truppen vorbereitete. Die verbleibende internationale Präsenz dient vor allem Trainings- und Beratungszwecken.

Die reduzierte internationale Militärpräsenz sorgt international und mitunter auch innerhalb Afghanistans für Befürchtungen vor einer Verschlechterung der Sicherheitslage und einer Erstarkung radikaler Gruppen. Im schlimmsten Fall werden ein erneuter Bürgerkrieg und eine Machtübernahme der Taliban nicht ausgeschlossen. Die tatsächliche Entwicklung der Sicherheitslage bestimmt auch die politische und sozioökonomische Perspektive des Landes. Nicht nur die Intensität der Kampfhandlungen, der Grad der materiellen Zerstörung und das Ausmaß der humanitären Kosten, sondern vor allem die subjektive Wahrnehmung der Bevölkerung wird über ihre Bereitschaft entscheiden, im Land zu bleiben, staatlichen Institutionen zu vertrauen und sich gesellschaftlich und wirtschaftlich zu engagieren.

Ein halbes Jahr nach Ende der ISAF-Mission stellt sich somit die Frage, wie sich der Truppenabzug auf die tatsächliche Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden in Afghanistan ausgewirkt hat. Ist es zur befürchteten militärischen Eskalation gekommen? Wie bewertet die Bevölkerung die Folgen des Truppenabzugs auf ihre Sicherheit? Wir greifen im Folgenden auf Daten der Vereinten Nationen in Afghanistan zurück (UNAMA 2015), um die Entwicklung der Gewalt im Zeitraum zwischen den Jahren 2009 und 2015 nachzuzeichnen. Für die Frage nach der Entwicklung des subjektiven Sicherheitsempfindens greifen wir auf Meinungsumfragen zurück, welche die Autoren Jan Koehler und Kristóf Gosztonyi in den Jahren 2012 sowie Ende 2014 und Anfang 2015 (Erhebungsphase von Dezember 2014 bis März 2015) im Nordosten Afghanistans durchgeführt haben.¹ Die Analysen zeigen eine unerwar-

tete Abweichung der subjektiven Empfindungen im Nordosten des Landes von dem reell steigenden Gewaltniveau.

Die Sicherheitssituation vor und nach dem Truppenabzug

Abbildung 1 zeigt die geschätzte Zahl der zivilen Verletzten und Toten in direkter Folge von Kampfhandlungen, Anschlägen, Luftangriffen und sogenannten „unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen“ (Improvised Explosive Devices, IEDs). Die Zahlen beziehen sich jeweils auf das erste Quartal der Jahre 2009 bis 2015. Insofern erlauben sie einen ersten Vergleich des Gewaltniveaus vor und nach dem Truppenabzug der ISAF.

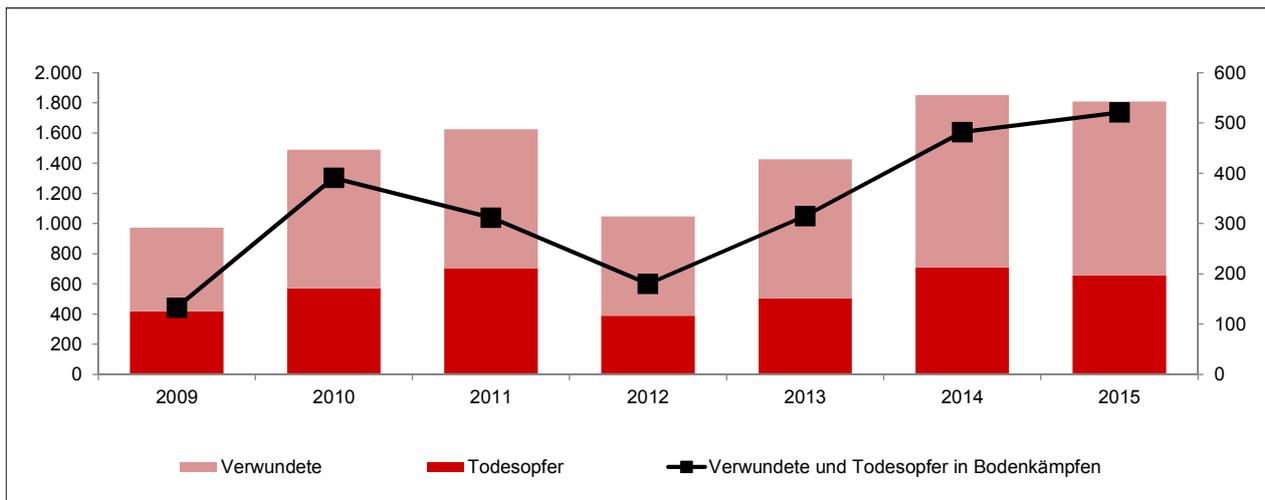
Die Abbildung zeigt einen starken Anstieg der Gewalt in den Jahren von 2012 bis 2014. Das Jahr des Truppenabzugs war das gewaltreichste, seit die UN im Jahr 2007 mit einer systematischen Erfassung der zivilen Opfer begonnen hat. Die Anzahl der Toten und Verletzten schließt im Jahr 2015 an das bereits sehr hohe Niveau des Jahres 2014 an. Alleine im ersten Quartal 2015 hat UNAMA fast 2.000 zivile Opfer dokumentiert – darunter 655 Todesopfer. Während die Gesamtzahl gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um ca. 2 Prozent sank, nahm die Anzahl der Opfer in Bodenkämpfen um 8 Prozent zu. In Folge dessen verzeichnet die UN auch eine deutliche Zunahme verletzter und getöteter Frauen und Kinder. Laut der UN ist diese Entwicklung auf die vermehrte Nutzung schwerer Waffen in zivilen Wohngebieten zurückzuführen. Mit dem Abzug der internationalen Truppen nahm die Anzahl militärischer Operationen durch die staatlichen Sicherheitskräfte deutlich zu. Die Opferstatistik bestätigt somit die Befürchtung einer Verschlechterung der Sicherheitssituation im Kontext des internationalen Truppenabzugs.

Die skizzierten Trends gelten allerdings nicht für das gesamte Land in gleicher Weise, denn in der Intensität und zeitlichen Entwicklung der Gewalt bestehen starke regionale Unterschiede. Wenngleich die Unsicherheit gerade zwischen den Jahren 2012 und 2014 in allen Regionen des Landes zugenommen hat, ist die Gewalt in absoluten Zahlen weiterhin im Süden und Südosten des

¹ Die Umfragen sowie die qualitativen Interviews, auf die in diesem Beitrag Bezug genommen wird, wurden in Kooperation mit dem DFG-geförderten Projekts C9 am SFB

700 „Governance“ der Freien Universität Berlin durchgeführt.

Abbildung 1: Zivile Todesopfer und Verwundete, jeweils im ersten Quartal 2009-2015



Quelle: UNAMA 2015; die Balken markieren die Gesamtzahl der zivilen Opfer (Primärachse links); die schwarze Linie zeigt nur zivile Opfer in Folge von Bodenkämpfen, also im Wesentlichen direkten Konfrontationen zwischen Rebellengruppen und den afghanischen und internationalen Sicherheitskräften (Sekundärachse rechts).

Landes konzentriert. Die Ursprünge der Taliban liegen in Kandahar im paschtunischen Süden (Rashid 2001). Dementsprechend genießt die Bewegung dort bis heute großen Rückhalt in der Bevölkerung.

Außerhalb der paschtunischen Kerngebiete im Süden und Südosten konzentriert sich der Aufstand – und damit auch die Gewalt – oft auf paschtunische Siedlungsgebiete. Es wäre aber falsch, die Gewalt nur als Resultat eines paschtunischen Aufstandes zu sehen. In den letzten Jahren ist es den Taliban zunehmend gelungen, auch Nichtpaschtunen für ihre Sache zu gewinnen. So kommen die meisten sicherheitsrelevanten Vorfälle im Norden aus der mehrheitlich usbekischen Faryab-Provinz. Auch in der nordöstlichen Badakhshan-Provinz haben seit dem Jahr 2012 tadschikische Taliban immer wieder Distrikte ganz oder teilweise übernommen.

Die subjektive Bewertung des Truppenabzugs

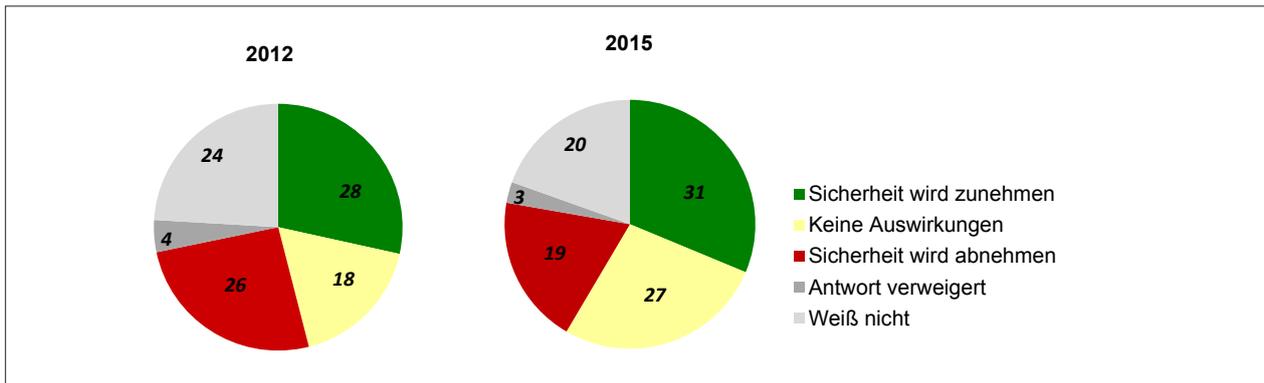
Wie bewertet die Bevölkerung die Folgen des Truppenabzugs auf die nationale und lokale Sicherheitssituation? Grundlage hierfür sind Umfragedaten aus dem Nordosten Afghanistans. Im Rahmen einer Wirkungsbeobachtung von Entwicklungsmaßnahmen wurden im Jahr 2012 und Anfang 2015 jeweils über 5.000 Haushalte zu ihrer sozioökonomischen Situation und politischen Wahrnehmung befragt. Die Stichprobe umfasst 253 Dörfer in 25 Distrikten der vier nördlichen Provinzen Kunduz, Takhar, Baghlan und Badakhshan. Die Stichprobe stellt sicher, dass

zentrale sozioökonomische Unterschiede in der Bevölkerung adäquat erfasst sind – beispielsweise in Bezug auf die ethnische und religiöse Identität, Distanzen zu administrativen Zentren oder im Zugang zu natürlichen Ressourcen. Der Vergleich der beiden Umfragen ermöglicht es, Veränderungen über die Zeit nachzuzeichnen.

Abbildung 2 zeigt das Antwortverhalten auf die folgende Frage: „Wie wird sich der (für 2014 geplante bzw. der 2014 stattgefundenen) Abzug auf die Sicherheit in ihrem Distrikt auswirken?“ Vergleicht man die Bewertung der Bevölkerung im Jahr 2012 vor dem Abzug mit der im Jahr 2015 lässt sich eine Verschiebung zugunsten einer neutralen und eher positiven Einschätzung beobachten: Unsicherheit bezüglich der zu erwartenden Entwicklung und besonders negative Prognosen sind zurückgegangen, während deutlich mehr Befragte der Auffassung sind, der Truppenabzug würde sich nicht signifikant auf die Sicherheitssituation in ihrem jeweiligen Distrikt auswirken. Diese Entwicklung der subjektiven Einschätzung zwischen den Jahren 2012 und 2015 steht in Kontrast zu der oben dargestellten Entwicklung der absoluten Gewaltniveaus, die eigentlich eine pessimistischere Prognose der Bevölkerung erwarten lassen würde – insbesondere weil Opferstatistiken gerade zwischen den Jahren 2012 und 2015 einen deutlichen Negativtrend aufzeigen.

Wir greifen auf weitere Elemente der Meinungsumfrage zurück, um die subjektive Bewertung des Truppenabzugs im Hinblick auf die

Abbildung 2: Subjektive Bewertung der zukünftigen Sicherheitsentwicklung 2012 und 2015



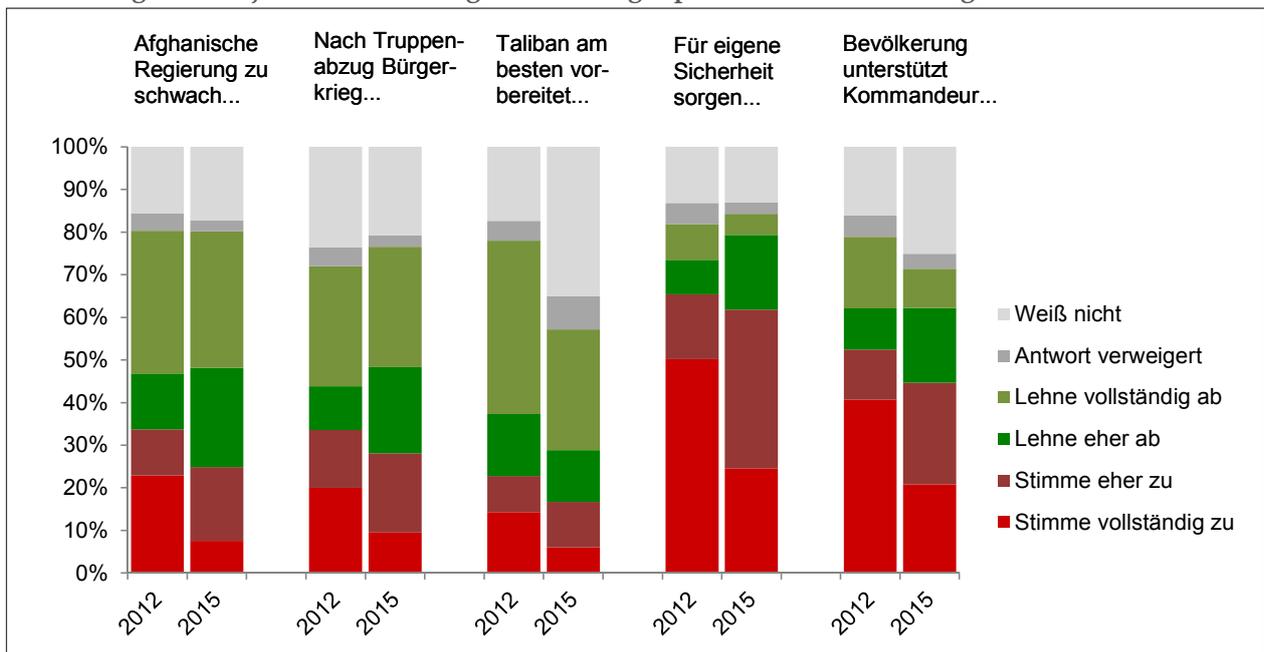
Sicherheitssituation und die politische Stabilität auf nationaler Ebene genauer zu untersuchen. Abbildung 3 zeigt den Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung zu den fünf folgenden Statements: „Die afghanische Regierung ist zu schwach. Die Taliban werden bald unseren Distrikt übernehmen“, „Nach dem Abzug könnte es erneut einen Bürgerkrieg geben“, „Die Taliban sind am besten vorbereitet, um die Sicherheit in unserem Distrikt nach dem Abzug der ausländischen Einheiten zu übernehmen“, „Jeder Haushalt sollte selbst für seine Sicherheit sorgen, weil niemand sonst seine Sicherheit garantieren kann“ und „Die Leute werden lokale Kommandeure unterstützen, um die Sicherheit im Distrikt zu gewährleisten“. Hier zeigt sich in der zeitlichen Entwicklung der Jahre 2012 bis 2015 ein ähnliches Bild wie bei der Frage nach der Bewertung der künftigen Sicherheitsentwicklung.

Deutlich weniger Befragte erwarten eine rasche Machtübernahme der Taliban. Im Jahr 2015 stim-

men nur ca. 8 Prozent dieser Aussage voll zu – im Vergleich zu 23 Prozent im Jahr 2012. Bei der Frage nach einem möglichen Bürgerkrieg ist die Unsicherheit etwas größer. Aber auch hier zeigt sich ein deutlich positiver Trend: der Anteil der Befragten, die der Erwartung eher oder voll widersprechen ist von ca. 38 auf 48 Prozent angestiegen.

Während sich die Erwartungen im Hinblick auf die gesamtstaatliche Stabilität offenbar verbessert haben, ist die Unsicherheit bezüglich der Taliban gestiegen. Sowohl der Anteil der Befragten, der die Taliban am besten positioniert sieht, hat sich reduziert als auch der Anteil der Menschen, der dem Statement widerspricht. Dagegen ist die Unsicherheit im Hinblick auf diese Frage deutlich angestiegen. Über 40 Prozent der Befragten – doppelt so viele wie im Jahr 2012 – lehnen es im Jahr 2015 entweder ab auf diese Frage zu antworten oder geben an, keine Antwort zu wissen.

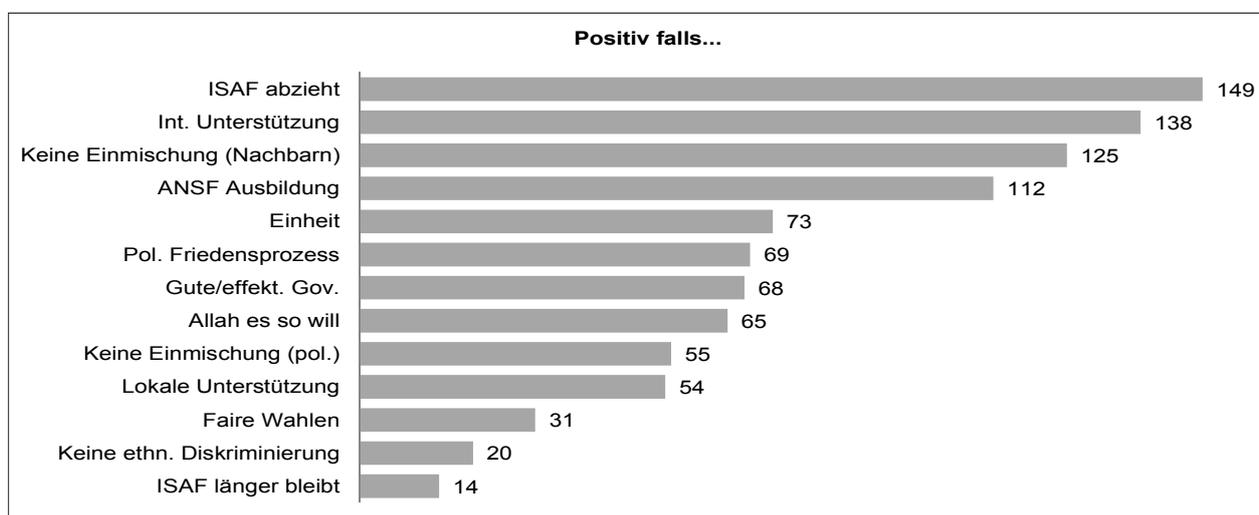
Abbildung 3: Subjektive Bewertungen zukünftiger politischer Entwicklung 2012 und 2015



Die letzten zwei Fragen befassen sich mit lokaler Anpassung an den Unsicherheitskontext. Auch hier zeichnet sich ein Trend zu mehr Vertrauen in den Staat ab. Dies äußert sich in höherer Skepsis gegenüber nichtstaatlichen Formen der lokalen Gewährleistung von Sicherheit. So ist die Zustimmung zur Frage, ob jeder Haushalt selbst für seine Sicherheit sorgen sollte, im Jahr 2015 deutlich schwächer ausgefallen als im Jahr 2012. Ebenso gehen im Jahr 2015 deutlich weniger Befragte davon aus, dass sich die Bevölkerung an die ehemaligen Lokalkommandeure zur Gewährleistung der Sicherheit wenden wird. Bei beiden Fragen hat sich die Rate der „vollständigen“ Zustimmung halbiert.

den Augen der Bevölkerung: Was müsste aus Sicht der Bevölkerung passieren, damit sich die Sicherheitssituation von 2012 auf 2014 positiv entwickelt? Insgesamt wurden 690 Leitfadenterviews in den Untersuchungsgemeinden durchgeführt; davon haben 665 Interviewpartner auf Fragen nach der Sicherheitserwartung geantwortet. Die Verteilung der Antworten stützt die Umfrageergebnisse der standardisierten Befragung aus dem Jahr 2012: 29 Prozent blicken eher positiv in die Zukunft, 32 Prozent negativ und 19 Prozent sind unentschlossen. Interessant ist hierbei, dass 20 Prozent einen qualifizierten positiven Ausblick im Interview mitgeteilt haben, also positiv mit einschränkenden Konditionen. Wir haben darauf

Abbildung 4: Sicherheitserwartungen für 2014



Quelle: Eigene Leitfadenterviews 2012.

Insgesamt kann man zwischen den Jahren 2012 und 2015 eine Akzentverschiebung beobachten. Während im Jahr 2012 lokale Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit nach dem Rückzug ausländischer Truppen im Vordergrund standen (Selbstbewaffnung und Zuwendung zu den Kommandeuren und Milizen), stehen diese im Jahr 2015 mit dem Vertrauen in staatliche Kapazitäten in etwa gleichauf. Diese positive Entwicklung wird jedoch durch eine hohe Unsicherheit in Bezug auf die Fähigkeiten der Taliban zum Teil infrage gestellt.

Einen differenzierteren Aufschluss bietet eine qualitative Untersuchung aus dem Jahr 2012, die parallel zu den dargestellten standardisierten Fragen durchgeführt wurde und thematisch an diese angelehnt war. Die Leitfrageninterviews, umfassten auch Fragen zu den Voraussetzungen für eine positive Sicherheitsentwicklung in

aufbauend alle 690 Interviews nach Hinweisen auf die genannten Konditionen für eine positive Entwicklung kategorisiert (siehe Abbildung 4).

Am häufigsten werden als Bedingung für eine positive Entwicklung genannt: der Abzug der internationalen Truppen, internationale Unterstützung für den afghanischen Staat und seine Sicherheitskräfte sowie der Schutz vor destruktiver Einmischung durch die Nachbarstaaten Pakistan und Iran.

Der Abzug der ISAF wird dabei oft mit der Hoffnung auf eine politische Aussöhnung mit den Taliban und einer Abnahme der Einmischung ausländischer Mächte verbunden. Diese Position teilten im Übrigen sowohl die Taliban als auch Präsident Karzai. Gleichzeitig halten viele Gesprächspartner eine weitere externe Unterstützung für notwendig – allerdings ohne internationale Kampfeinsätze. Stattdessen sollte diese externe Unterstützung der Ausbildung und dem Aufbau der staatli-

chen Sicherheitskräfte und der Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen und der Afghan National Security Forces (ANSF) dienen. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die Hoffnung geäußert, dass internationaler Druck die destruktiven Interventionen von Pakistan und dem Iran einschränken möge.

Der Wunsch nach ziviler und diplomatischer internationaler Unterstützung steht nur scheinbar im Widerspruch zur Befürwortung des ISAF-Truppenabzugs. Im Hinblick auf die militärische Intervention bestanden in der Bevölkerung zur Zeit der Befragungen erhebliche Zweifel daran, dass die Interventionsmächte überhaupt willens waren, gegen den Einfluss der Nachbarstaaten vorzugehen. Man traute der ISAF trotz des Truppenaufwuchses nach dem Jahr 2009 und den Erfolgen gegen die Taliban nicht mehr zu, entschlossen gegen den von den Nachbarländern unterstützten Aufstand vorzugehen. Diese Diskrepanz zwischen kurzfristigen militärischen Erfolgen und subjektiver Wahrnehmung von Kapazitäten und Absichten steht für einen dramatischen Vertrauensverlust in die internationalen Truppen nach dem Jahr 2009; den ANSF hingegen wurden diese militärischen Erfolge gegen die Taliban sehr wohl zugeschrieben, nicht aber der ISAF (Koehler 2014).

Als letztes Clustereinschränkender Bedingungen für eine optimistische Sicht der Zukunft sind die Antworten zu politischen Prozessen und gesellschaftlichen Konflikt dynamiken zu bewerten. Viele Interviewpartner verbanden im Jahr 2012 die Sorge um die Konsequenzen der noch ausstehenden Präsidentschaftswahlen und die Kritik an der Fairness der Regierungsführung (Stichworte ethnischer Klientelismus und Verteilungsungerechtigkeit) mit Problemen latenter ethnischer Diskriminierung und fehlender nationaler Einheit der verschiedenen Identitätsgruppen im Lande. Insofern stellten die tatsächliche Durchführung fairer Wahlen und eine effektive Verbesserung der Regierungsführung in den Augen der Bevölkerung wichtige Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Sicherheitslage dar.

Hintergründe der „optimistischen“ Sichtweisen

Auf der Grundlage dieser Bedingungen für einen positiven Ausblick auf Sicherheit und Stabilität aus den Umfragen im Jahr 2012 kann die Entwicklung

zu einem vorsichtig optimistischen Ausblick in der Umfrage des Jahres 2015 trotz der angespannteren Sicherheitslage besser eingeordnet werden. Einige der subjektiv positiv gesetzten Konditionen sind in den Jahren von 2012 bis 2015 tatsächlich eingetreten.

Bei der Umfrage im Jahr 2012 wussten die Befragten noch nicht, ob die im Norden weitgehend positiv gewerteten ANSF überhaupt in der Lage sein würden, den Taliban ohne Unterstützung der ISAF zu widerstehen.² Vor der Umfrage im Jahr 2015 hingegen konnten die Menschen beobachten, wie die ANSF zunehmend die Sicherheitsverantwortung im ganzen Land übernahm. Internationale Truppen waren an Kampfhandlungen praktisch nicht mehr beteiligt. Der von manchen befürchtete – und von den Taliban erhoffte – Zusammenbruch der ANSF fand nicht statt. Im Gegenteil, die afghanischen Regierungstruppen konnten sich in Gefechten wiederholt durchsetzen. Auch wenn den nationalen Sicherheitskräften noch kein entscheidender Sieg gelang, wurde alleine die Tatsache, dass die ANSF nicht scheiterte, als Erfolg interpretiert.

Die Taliban verloren zudem an Legitimität, da sie ihren bewaffneten Kampf mit der ausländischen Militärpräsenz gerechtfertigt hatten. Die qualitativen Interviews aus dem Jahr 2012 zeigen, dass sich viele Afghanen vom Rückzug der internationalen Truppen neue Optionen für einen Friedensprozess mit den Taliban erhofften. Bis zur Frühjahrsoffensive der Taliban im April 2015 gab es tatsächlich Anzeichen einer Annäherung zwischen der neuen Regierung und wichtigen Konfliktparteien. Diese können ebenfalls zur vergleichsweise optimistischen Prognose der Bevölkerung in der Umfrage des Jahres 2015 verantwortlich gewesen sein. Schließlich fand sie nur wenige Monate nach den Präsidentschaftswahlen und nach Unterzeichnung des Machtteilungsabkommens zwischen den zwei führenden Präsidentschaftskandidaten Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah sowie der Amtseinführung Ghanis Ende September 2014 statt. Zuvor standen die Lager der zwei Kandidaten einander noch unversöhnlich gegenüber. Ein Abgleiten in den Bürgerkrieg, in dem sich nicht nur Taliban und Staat, sondern auch die bewaffneten Unterstützer der zwei Kandidaten gegenüberstanden hätten, war eine reale Möglichkeit. Die trotz aller Zweifel

² Zur Einschätzung der ANSF seit 2007 siehe Böhnke et al. 2015; Koehler und Gosztonyi 2014.

erfolgreich durchgeführten Wahlen und der wenn auch sehr späte politische Kompromiss trugen zum Optimismus in der Umfrage des Jahres 2015 bei.

Ein prekärer Optimismus

Anders als von vielen außenstehenden Beobachtern erwartet, haben viele Afghanen eine starke Affinität zu ihren staatlichen Sicherheitskräften entwickelt und ziehen diese sowohl den Taliban als auch den internationalen Streitkräften vor. Das bedeutet aber nicht, dass sie dem afghanischen Staat und den Sicherheitskräften blind zutrauen, für Sicherheit und Stabilität sorgen zu können. Selbsthilfe, lokale Milizen und zuverlässige internationale Unterstützung für den afghanischen Staat und gegen den destruktiven Einfluss von Nachbarstaaten sind in den Augen der Bevölkerung die wichtigen Bestandteile einer positiven Neuordnung. Trotz der Gewaltzunahme in Kämpfen zwischen Staat und Aufständischen zwischen den Jahren 2012 und 2014 sowie den Problemen bei der Regierungsbildung nach den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2014 trauen heute mehr von uns befragte Afghanen ihrem Staat zu, für Sicherheit und Stabilität sorgen zu können als noch vor drei Jahren.

Dieser Optimismus vieler Afghanen erklärt sich aus der Tatsache, dass der Staat den Abzug der meisten internationalen Truppen überstanden hat und die einheimischen Sicherheitskräfte in der Lage sind, den Taliban die Stirn zu bieten. Gleichzeitig nahmen sie mit Erleichterung zur Kenntnis, dass die Machtübergabe von Karzai an Ashraf Ghani überhaupt stattfand und Ghani letztlich auch einen Kompromiss mit seinem größte Konkurrenten, Abdullah Abdullah, schließen konnte.

Diese erklärenden Rahmenbedingungen verweisen allerdings auch auf die zentralen Risiken für die weitere Entwicklung. Sollten die Sicherheitskräfte nicht mehr in der Lage sein, den neuerlichen Aufstand der Taliban einzugrenzen, sollte die internationale Unterstützung für Kernbereiche des Staates versiegen, sollte der politische Kompromiss zwischen den Vertretern der Nordallianz und den Vertretern paschtunisch dominierter Gemeinden zusammenbrechen und sich zu einer vertieften institutionellen Krise des Staates ausweiten und sollten die Interventionen aus Pakistan und Iran eskalieren, werden die vor-

sichtig optimistischen Einschätzungen nicht lange Bestand haben.

Literatur

Böhnke, Jan R., Jan Koehler und Christoph Zürcher (2015), *Assessing the Impact of Development Cooperation in North East Afghanistan 2007-2013*, Final Report, BMZ, online: <www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/erfolg_und_kontrolle/Afghanistan_Impact_Assessment_II_en.pdf> (8. Juli 2015).

European Asylum Support Office (2015), *EASO Country of Origin Information Report, Afghanistan, Security Situation*, online: <<https://easo.europa.eu/wp-content/uploads/Afghanistan-security-situation.pdf>> (6. Juli 2015).

Koehler, Jan (2014), *The Afghan Perspective on ISAF – Changes and Trends in North-East Afghanistan*, in: Bernhard Chiari (Hrsg.), *From Venus to Mars? Provincial Reconstruction Teams and the European Military Experience in Afghanistan, 2001-2014*, Band 3, Freiburg i. Br., Berlin, Wien: Rombach Verlag, 65-86.

Koehler, Jan, und Kristóf Gosztonyi (2014), *The International Intervention and Its Impact on Security Governance in North-East Afghanistan*, in: *International Peacekeeping*, 21, 2, 231-250.

Rashid, Ahmed (2001), *Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad*, München: Droemer.

UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) (2015), *Latest UNAMA Figures Show Continuing Record High Civilian Casualties*, online: <www.unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid=12254&ctl=Details&mid=15756&ItemID=38675&language=en-US> (8. Juli 2015).

■ Die Autoren

Dr. Jan Koehler ist seit dem Jahr 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ der Freien Universität Berlin. Aktuell fokussiert er seine Arbeit in Afghanistan auf zwei Langzeit-Wirkungsbeobachtungen von Stabilisierungsmaßnahmen in Nordost-Afghanistan.

<jkoehler@zedat.fu-berlin.de>

Dr. Kristóf Gosztanyi leitet bei der Berghof-Stiftung das Projekt „Formen informeller Governance in Nord- und Nordostafghanistan“. Das Projekt untersucht lokale sozio-kulturelle Faktoren, die den Einfluss von Korruption auf Regierungs-Outputs in fragilen, Post-Konflikt-Staaten abschwächen.

<K.Gosztanyi@berghof-foundation.org>,

<www.berghof-foundation.org/de/ueber-uns/team/kristof-gosztanyi/>

Dr. Alexander De Juan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Rolle von Institutionen und Identitäten in Bürgerkriegen sowie Fragen des externen Staatsaufbaus in Nachkriegsgesellschaften.

<alexander.dejuan@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/dejuan>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ befassen sich die Mitarbeiter des Forschungsteams 3 mit Kriegs- und Friedensprozessen und dabei insbesondere auch mit der Stabilisierung und dem Aufbau staatlicher Institutionen nach Bürgerkriegen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Darwich, May (2014), *The Ontological (In)security of Similarity: Wahhabism versus Islamism in Saudi Foreign Policy*, GIGA Working Papers, 263, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

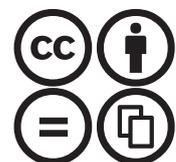
Destradi, Destradi (2014), *Afghanistans Nachbarn und die Drohkulisse der „Null-Option“*, GIGA Focus Global, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Destradi, Sandra, Nadine Godehardt und Alexander Frank (2012), *Der ISAF-Rückzug aus Afghanistan: Wahrnehmung und Reaktion regionaler Mächte*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Mattes, Hanspeter (2012), *Domestic Security in the Maghreb: Deficits and Counter-Measures*, GIGA Working Papers, 186, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Petra Brandt;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM